Podiumsdiskussion anlässlich der 3. Gedenkveranstaltung für Yagmur am 18. Dezember 2017 im Hamburger Rathaus:

Wie können wir Kinder nach einer Kindeswohlgefährdung besser schützen

Guten Abend. Schön, dass Sie da sind, schön, dass Sie so zahlreich da sind, finde ich ganz toll.

Ich beginne mit der Podiumsdiskussion indem ich mich kurz vorstelle: Mein Name ist Heinz-Jürgen Ertmer. Ich bin Sozialarbeiter. Ich habe 35 Jahre in einer Stadt im Ruhrgebiet als Sozialarbeiter gearbeitet, davon 25 Jahre als Sozialarbeiter im Pflegekinderdienst und die letzten Jahre als Leiter des Jugendamtes dort.

Die Überschrift unserer Podiumsdiskussion lautet: Wie können wir Kinder nach einer Kindeswohlgefährdung besser schützen?

Das unterstellt ja, dass dieser Schutz für Kinder nicht immer da ist, und dass es besser zu machen ist.

Bevor ich die anderen Teilnehmer vorstelle, kurz zwei, drei Sätze von mir dazu: Ich bin der Meinung, dass wir Kinder am besten schützen können, wenn wir Kindeswohlgefährdungen gar nicht erst zulassen. Wenn wir Kinder, die unter staatlicher Aufsicht leben, weil sie schon einmal eine Kindeswohlgefährdung erleben mussten, so unterbringen, dass sie in liebevoller Atmosphäre ihre Verletzungen aufarbeiten können, und dass sie das Gefühl bekommen, dass sie dort, wo sie sind, auch bleiben können. Wenn wir den Kindern, die in ihren Elternhäusern in schwierigen Lebensverhältnissen leben, mehr Aufmerksamkeit zukommen lassen und genauer hinsehen, und dieses Hinsehen überprüfen. Wenn wir letztendlich allen Familien eine solche persönliche und finanzielle Basis zur Verfügung stellen, dass prekäre Lebensverhältnisse, die auch immer eine Kindeswohlgefährdung erleichtern, oder eher ermöglichen, gar nicht erst zugelassen werden.

Zu den Teilnehmern auf dem Podium :
Rechts von mir Frau **Gina Graichen**, Jahrgang 1955, in Berlin aufgewachsen. Nach dem Abitur besuchte Frau Graichen eine Verwaltungshochschule und trat in den Polizeidienst ein. Fünf Jahre war sie beim Mobilen Einsatzkommando und seit 1990 leitete sie im Landeskriminalamt Berlin das Kommissariat 123, dass sich als einziges damals in Deutschland auf die Verfolgung von Kindesmisshandlung und Vernachlässigung spezialisiert hatte. Neben der Aufklärung von Straftaten widmete sie sich der Aufklärungs- und Präventionsarbeit. Im Mai 2017 trat Frau Graichen in den Ruhestand.

Links neben mir **Frau Laux**, Freie Hansestadt Hamburg, Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, BASFI, Referat Erziehungshilfen und Schutz junger Menschen. Frau Laux wurde 1977 geboren. Nach dem Abitur studierte sie Erziehungswissenschaften an der FU in Berlin und arbeitete zunächst an der FU als wissenschaftliche Mitarbeiterin. Von 2004 bis 2009 wechselte sie ans Deutsche Jugendinstitut, besser als DJI bekannt, in München, kam 2009 nach Hamburg und ging als Referentin an die BASFI und arbeitete dort im Amt für Familie, wo sie im Oktober 2014 die Referatsleitung Erziehungshilfe und Schutz junger Menschen übernahm.

Direkt rechts neben mir ist **Herr Jacob**. Herr Jacob lebt bei seinen Pflegeeltern und sagt sinngemäß über sich selbst, ich kam mit wenigen Wochen direkt aus dem Krankenhaus zu meiner Pflegefamilie. Dieses resultierte aus innerfamiliärem persönlichen Schicksal meiner Herkunftsfamilie. Ich kann hier meine Erfahrungen als Pflegekind schildern. Die positive Entwicklung, die ich in meiner Pflegefamilie machen konnte, wäre nach meiner Erfahrung und meiner Kenntnis in einer Pflegeeinrichtung oder einem Kinderheim nicht gleichberechtigt möglich gewesen. Meine Pflegeeltern sind sehr ambitionierte Pädagogen, die mir diesen Weg ermöglichen konnten. Zudem kann ich die Erfahrung teilen, wie wichtig ein sozial-emotional gefestigtes familiäres Umfeld, wie ich es in meiner Pflegefamilie erfahren konnte, für die kindliche Entwicklung von Bedeutung ist.

Ganz links von mir ist **Professor Ludwig Salgo**. Professor Ludwig Salgo wurde geboren 1946, (wie ich auch), in Budapest. Er studierte nach dem Abitur in Tübingen und Frankfurt Rechtswissenschaften. Von 1977 bis 1982 arbeitete er als Anwalt in Frankfurt und war von 1982-1988 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Uni Frankfurt. Ab 1988 war er Professor an der Fachhochschule für Sozialwesen in Esslingen und ging 1992 als Professor für Familien- und Jugendrecht an die Fachhochschule Frankfurt. Anfang 2012 ging er in den Ruhestand. Seit 2015 lehrt er als Seniorprofessor im Fachbereich Erziehungswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt a.M. 2012 erhielt er das Bundesverdienstkreuz.

Herr **Professor Gerhard Suess** ganz rechts von mir, hat von 1976 bis 1982 an der Uni Regensburg Psychologie studiert. Von 1983 bis 1987 war er Assistent von Klaus Grossmann, Uni Regensburg, und erlangte dort 1987 den akademischen Grad Dr. phil. Von 1987 bis 2003 arbeitete er in der Praxis der Jugendhilfe als Leiter der Erziehungsberatung sowie als kommissarischer Jugend- und Sozialdezernent in Hamburg. 1999 approbierte er in Hamburg zum psychologischen Psychotherapeuten, sowie zum Kinder- und Jugendpsychotherapeuten. Seit 2003 ist er Professor am Department Soziale Arbeit der HAW Hamburg. 2006 habilitierte er sich an der Heilpädagogischen Fakultät der Universität zu Köln.

Das war ganz viel theoretischer Text am Anfang, aber ich habe mir gedacht, das ist besser, als wenn sich jeder selbst vorstellt. Jetzt haben wir wieder fünf Minuten gespart. Wir werden hier früher rausgehen, als wir reingekommen sind.

Ich habe gedacht, jetzt stelle ich meine Fragen, damit alle Teilnehmer endlich reden können, und ich dazukomme, einen Schluck Wasser zu trinken.

Herr Jacob, was hat es Ihnen Ihrer Meinung nach gebracht, dass Sie die vielen Jahre in einer Pflegefamilie relativ früh nach Ihrer Geburt leben konnten?

Ja, was es mir gebracht hat, denke ich, ist als aller erstes eine riesengroße Menge, und zwar

insofern, dass ich in einer Familie groß werden durfte wie glücklicherweise die meisten Kinder in Deutschland, und ich denke, dass mir auf Grund der Ambitionen meiner Eltern und die sie mir dadurch auch weitergeben konnten, ein Leben in der Mitte der Gesellschaft ermöglicht werden konnte, dass ich mich selbst beteiligen kann an der Gesellschaft. Ja, das ist eigentlich das hauptsächliche Ding, dass ich ein Leben führen durfte wie jeder andere junge Mensch in Deutschland auch, oder zumindest annähernd so und dafür möchte ich auch sehr herzlich danken.

Frau Graichen, wäre es wichtig, wenn im Rahmen von guter Präventionsarbeit Eltern wieder Mut gemacht werden würde sich bei Überforderung von den Kindern zu trennen bevor diese verletzt oder gar getötet werden, zum Beispiel wie man das in einigen Städten eine Zeit lang eingeführt hat, Kinderklappen.

Natürlich ist es immer gut, Eltern Mut zu machen sich von ihren Kindern zu trennen, wenn sie damit nicht klarkommen. Meine Erfahrung auf diesem Gebiet ist aber, dass gerade Eltern, die Probleme haben mit der Erziehung ihrer Kinder und Aufwachsen ihrer Kinder, dass diese dieses Problem für sich gar nicht sehen, und somit auch gar nicht erkennen, dass es besser wäre, sich von dem Kind zu trennen. Viele der Klienten, die ich tagtäglich über 33 Jahre erlebt habe, leiden unter Ämterphobien, das heißt, sie sind nicht in der Lage, sich selbst Hilfe zu holen, die muss ihnen im Prinzip nach Hause angeliefert werden und selbst dann ist es fraglich, ob sie das machen wollen. Babyklappen, die Sie angesprochen haben, Berlin allein hat fünf. Nichtsdestotrotz werden Kinder weiterhin getötet, getötet abgelegt, ausgesetzt, die Bandbreite dessen ist relativ groß, auch da spielt es immer wieder eine Rolle, dass viele gar nicht wissen, dass es Babyklappen gibt, dass sie Angst vor Entdeckung haben, dass sie der Meinung sind, wenn sie das Kind dort ablegen, dass dann natürlich irgendjemand mitbekommt, das sie es gewesen sind, also eine Art Gesichtsverlust dann auch in der Öffentlichkeit ertragen müssen und demzufolge darauf gar nicht eingehen können.

Ich glaube, man müsste sehr frühzeitig mit der Prävention dahingehend beginnen, nämlich in der Schule, dass man zum einen sehr viel Wert auf den Bereich Verhütung legt. Klarheit darüber abgibt, es ist nicht schlimm, wenn man schwanger wird und sein Kind nicht behalten kann oder will, dass es Möglichkeiten gibt, es anderen Leuten anzuvertrauen, die erstens besser damit umgehen können, die sich vielleicht selber ein Kind wünschen, und dann auch klarzumachen, man ist keine Rabenmutter. In den Köpfen vieler meist junger Frauen, die sich

entschließen ihr Kind irgendwie loszuwerden ist das schon ein Hintergrund zu sagen, ich bin eine Rabenmutter und alle denken schlecht von mir. Man muss Leute dazu erziehen, verantwortungsvoll damit umzugehen, und dass es sehr verantwortungsvoll ist, so mutig zu sein und zu sagen, ich kann das Kind bei mir nicht aufwachsen lassen und ein Anderer soll sich darum kümmern.

Danke. **Frau Laux**, bei Ihnen so direkt, was können wir für Kinder nach einer Kindeswohlgefährdung tun, wie können wir sie besser schützen, was muss getan werden, um Kindern nach einer Kindeswohlgefährdung nicht wieder in ein Loch fallen zu lassen. Was kann man machen, oder was machen Sie bereits in Ihrem Amt, um in ihren Elternhäusern verletzte Kinder dauerhaft vor Gewalt und Vernachlässigung zu bewahren.

Ja, ganz wichtig ist dabei, dass jeder Einzelfall genau angeguckt wird. Das heißt, dass das Jugendamt in jedem Einzelfall hinguckt und ein Fallverstehen vornimmt und gemeinsam mit den Eltern, so wie es das Gesetz das auch vorsieht, guckt, welche Unterstützung es braucht und auch welche Hilfe es braucht. Wenn ein Kind schon einmal misshandelt wurde, dann muss natürlich sichergestellt werden, dass das Kind nicht wieder verletzt wird und nicht wieder misshandelt wird, und gegebenenfalls muss es dann außerhalb der Familie untergebracht werden. Wenn es zurückgeführt wird, dann muss vorher ein Schutzkonzept erarbeitet sein, so dass alle gemeinsam, mit Unterstützung von außen sicherstellen können, dass dem Kind nichts widerfährt. Hamburg hat insbesondere seit 2012 sehr viel für die Pflegekinderhilfe unternommen und damit auch für den Kinderschutz. Einige Punkte hat auch schon Frau Dr. Leonhard erwähnt. Wir haben als Ministerium die wichtige Aufgabe für transparente Strukturen zu sorgen und Strukturen zu entwickeln und herzustellen gemeinsam mit den Bezirksämtern, sodass die Fachkräfte eine bestmögliche Handlungsorientierung haben, damit sie dann auf dieser Grundlage und mit dieser Orientierung, das heißt mit Fachanweisung, und wir haben jetzt auch ein Qualitätsmanagementsystem, gute Bewertungen vornehmen können und Entscheidungen treffen können. Das gilt natürlich insbesondere für die Fälle, die sehr brisant sind, ja, wo es dann um den Kinderschutz ganz akut geht.

Herr **Professor Suess**, Frau Graichen hat vorhin gesagt, dass es hilfreich ist, wenn Eltern Mut gemacht wird, sich von ihren Kindern zu trennen, bevor diesen Kindern etwas passiert. Unterscheidet sich das für Kinder im Verlauf ihres Lebens in der Pflegefamilie wie Herr Jacob gesagt hat, unterscheidet sich das für den weiteren Verlauf für das Kind, wenn es freiwillig abgegeben worden ist, oder wenn es von den Eltern durch das Jugendamt, meinetwegen sogar unter Polizeieinsatz, weggenommen wird?

Natürlich ist es besser, wenn man mit den Eltern zusammenarbeiten kann, die ihre Überforderung einsehen. Wenn sie z.B. einmal einen Kindesschutzfall gehabt haben und mit den Eltern wird weitergearbeitet, dann ist es immer gut, wenn sie das selber einsehen können. Aber ich möchte diese Typisierung aufheben. Wir alle Eltern fühlen uns zum Teil überfordert und wir sind mit unseren Kindern in diese Elternrolle hineingewachsen und wenn ich dann sehe, wir haben nicht die nötige Unterstützung dazu gekriegt, die wir brauchen, aus der Gesellschaft, teilweise haben wir sie uns selbst organisiert, aber wenn ich dann mit den

jungen überforderten hochbelasteten Eltern zusammengearbeitet habe in meiner Tätigkeit, bin ich oft erschrocken, wie alleingelassen die oft sind. Und dann haben Sie diese Schicksale, die selbst als Kind in Obhut genommen worden sind, die misshandelt worden sind, missbraucht worden sind, und dann merken sie, dass sie in den entscheidenden Jahren mit einem Kind zusammen sind und kein eigenes inneres gutes Vorbild haben. Und da denke ich mir immer, wie sollen die das hinkriegen? Daher plädiere ich sehr stark dafür, dass man möglichst frühzeitig hier auch unterstützt, und dass man möglichst frühzeitig ihnen die bestmögliche Hilfe angedeihen lässt, was immer eine beziehungsorientierte Hilfe ist, was immer durch Personen erbracht wird. Und dann kann es passieren, da müssen die Helfer auch einsichtig sein, dass Sie nicht genug haben machen können, das Sie einsehen müssen, es reicht nicht, um dann zu der Entscheidung zu kommen, das ist nicht einfach, das kann man nicht einfach mit einem Zollstock abmessen, so jetzt muss ich auch mit der Mutter daraufhin hinarbeiten, dass ich sage, ich glaub, Dein Kind ist bei Dir nicht sicher. Das ist sehr schwierig. Aber wenn Sie dann die Zustimmung erreichen, was nicht immer gleich bei der Herausnahme oder Inobhutnahme dann gelingt, dann haben Sie eines erreicht, nämlich dass die Eltern zumindest in Nachfolgeschwangerschaften, dass die mit weniger (...) Wir erleben es häufig bei den Eltern, und ich rede jetzt von Eltern, die als Kinder selbst in Obhut genommen worden sind, ich rede von psychisch kranken Eltern, von hoch belasteten Eltern, dass die, wenn bei einem Kind die Elternschaft gescheitert ist, dass sie dann sofort wieder schwanger werden, und das denke ich, ist ein großes Problem.

Herr **Professor Salgo** man kann allenthalben lesen, dass immer mehr Kinder in Obhut genommen werden. Es gibt auch Leute, die sagen, die Jugendämter tun da zu viel. Warum werden immer mehr Kinder in Obhut genommen und gibt es ausreichend Gesetze bei Kindeswohlgefährdung?

Ich wollte an eins erinnern: 0,4 bis 0,6%, je nachdem, wie man rechnet, aller Kinder sind nur Pflegekinder. Zweitens, bei Gefährdung gelingt es in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle der Jugendhilfe, gefährdete Kinder über ihre Eltern zu erreichen. Und wir reden heute Abend über eine Kindergruppe, die wir nicht erreichen können. Nur, dass man auch mal die Dimension sieht. Die Frage, ja, ich bin kein Zyniker, und auch kein Masochist, ich sage, dass wir das Ansteigen der Fälle der Gefährdungsmeldung nach §8a gewollt haben. Und das ist eine gute Nachricht. Es ist eine gute Nachricht, dass 11% aller Meldungen von Kindeswohlgefährdung inzwischen von Schulen kommen und 16% von der Polizei kommen. Wir sehen, es hat sich sehr viel bewegt, und dieser Anstieg auch bei den Inobhutnahmen und auch bei der Tätigkeit der Familiengerichte sind das Ergebnis einer Sensibilität in dieser Gesellschaft, eines genaueren Hinhörens und Hinsehens und das ist eine grundsätzlich gute Entwicklung. Und es ist interessant, dass bei den Meldungen ein großer Teil, ich könnte Ihnen auch die Zahlen anbieten, tatsächlich dazu führen, dass die Gefährdungen vorhanden sind, aber bei einem gleich großen Teil stellt sich heraus, dass keine Gefährdung vorliegt. Das ist auch eine gute Nachricht und eins darf man nie vergessen: wir sollten nicht übermütig werden. Wir sehen wahrscheinlich nur 20-30% aller tatsächlich stattfindenden Gefährdungen, das muss man auch mal sehen. Deshalb gibt es überhaupt keinen Grund für Panik, oder dass die Zahlen sagen, was ist eigentlich in dieser Gesellschaft los, dass Sozialarbeiter nach dem Motto handeln, heute hole ich mir ein Kind. Das gibt es nicht. Dazwischen stehen schon die Familiengerichte, die das niemals zulassen würden und da habe ich eigentlich keine Sorge. Das Problem ist eigentlich eher des zu späten Eingreifens, des zu lange Wartens, des zu lange Ausprobierens von ambulanten Hilfen. Daher brauchen wir auch im Bundestag dazu keine Enquete-Kommission. Es gibt Dinge, die sind entscheidungsreif, die sind in der letzten Legislaturperiode gescheitert, obwohl sie entscheidungsreif waren, und das ist außerordentlich bedauerlich und ich hoffe, dass sich das jetzt vielleicht auflösen wird im nächsten Bundestag, aber es gibt keinen Grund, dass diese Zahlen, die auch in der Presse eine Rolle spielen in den letzten Tagen, das wird irgendwie von irgendjemanden befeuert, ich kann Ihnen die Zahlen nennen : Wir haben einen Anstieg der Inobhutnahmen 2013 (ich rechne natürlich die minderjährigen, unbegleiteten Flüchtlinge oder Ausländer raus) 35.000 und 2016 39.000, also in diesen 4 Jahren haben wir einen Anstieg von 10%. Das ist nicht dramatisch, und das ist das Ergebnis des genauen Hinschauens der frühen Hilfen. Ja, wenn wir frühe Hilfen machen, wird das dazu führen, dass wir auch auf mehr Not und auf mehr Hilfebedarf aufmerksam werden, und das ist grundsätzlich gut. In der Tat, die Eltern sind sehr hilfsbereit. In Frankfurt, ich sitze bei einem Träger, der das verantwortet, haben wir in allen Geburtskliniken es geschafft, Babylotsen zu haben, in allen ausnahmslos. Wir werden da sehr früh auf Probleme aufmerksam und wir lotsen die Eltern mit diesen Babylotsen in Hilfen und das kostet was, und es gibt einige Fälle, wo man schon aufmerksam wird auf Eltern, die es voraussichtlich nicht schaffen werden, auch mit Hilfen. Also, das sind Realitäten, und es hat gar keinen Sinn, das irgendwie ideologisch aufzuladen, sondern wir müssen das ganz nüchtern betrachten und dafür die Antworten geben. Das quälende Dilemma wird immer bleiben zwischen zu früh, zu spät, zu viel oder zu wenig.

Frau Laux, nach dem Tod von Chantal hat es in Hamburg eine Senatsanhörung gegeben, Professor Salgo wurde dort angehört. Es ging u.a. darum, dass kritisiert worden war, diese bei Chantal damals vorgenommene milieunahe Unterbringung, die irgendwann einmal wichtig war in Hamburg, man sagte auch man wolle daran festhalten. Das gleiche war, dass man sagte, dass Kinder so rasch wie möglich wieder in die Herkunftsfamilie zurückgegeben werden sollten. Gibt es diese beiden Optionen, über die man damals gesprochen hat, die man damals auch verteidigt hat, nach wie vor in Hamburg im Pflegekinderdienst?

Also ich muss ehrlicherweise sagen, dass ich mich weder an die eine noch die andere Posi-

tion des Senates so erinnere. Ich erinnere mich ein wenig anders und ich kann das am besten sagen, was jetzt die Position ist zu beiden Punkten. Zu dem Thema, wie Sie sagen, milieunahe Unterbringung, ich würde sagen Verwandtenpflege oder Unterbringung im Sozialraum oder im Nahraum des Kindes, das heißt in der Nachbarschaft oder bei Freunden, usw., das würde ich sehr differenziert betrachten wollen, so machen das auch in den allermeisten Fällen die Jugendämter, dass also tatsächlich im Einzelfall geguckt wird, was ist das Richtige für ein Kind. D.h. die Verantwortung der Jugendhilfe ist es immer, im Einzelfall zu gucken und nicht pauschal zu sagen, Verwandtenpflege ist blöd, Verwandtenpflege ist gefährlich oder Verwandtenpflege ist ganz klasse, sondern im Einzelfall zu gucken, gibt es da im Nahraum entweder eine Lehrerin, eine Bekannte, oder auch eine Oma oder Tante, die ein geeigneter Ort für ein Kind darstellen kann. Und dann kann das ganz prima sein, und die notwendige und geeignete Hilfe für ein Kind darstellen, weil das Kind z.B. in seinen sozialen Bezügen bleiben kann, es kann normal in die Schule gehen und kann die Freunde behalten und wir können uns, glaube ich, alle vorstellen, was es bedeutet, aus allem herausgezerrt zu werden. Es kann aber genauso gut sein, dass ein Kind so eine Person nicht hat, oder dass es keine Person gibt, die so eine Verantwortung übernehmen kann für ein Kind, und dann ist es besser, wenn das Kind in einer sogenannten Fremdpflege, also bei einer Pflegefamilie außerhalb des Nahraums oder bei Verwandten untergebracht ist. D.h. es muss im Einzelfall geguckt werden. Und das gleiche gilt für das Thema Rückführung. Wir können überhaupt nicht sagen, und das wäre fatal, ein Kind muss immer sofort und ganz schnell zurückgeführt werden. Das was entscheidend ist, dass eine frühzeitige Klärung, so früh es eben geht, passiert, wo die Perspektive, und vor allen Dingen die dauerhafte Perspektive für ein Kind ist. Das kann sein, dass ein Kind zurückkehren kann zu seiner Familie, wenn denn der Schutz des Kindes dort gewährleistet ist, und dazu gehört z.B., dass eine Mutter, ein Vater, auch Hilfe annehmen und dass sie mit dem Jugendamt zusammenarbeiten, usw.. Es kann aber auch sein, dass das nicht möglich ist. Und da gilt es das Kind in den Mittelpunkt zu stellen und zu gucken, was dann für das Kind das Beste ist. Und wenn das nicht geht, dann muss das Kind woanders untergebracht werden, im besten Fall, in einer Pflegefamilie.

Danke. **Frau Graichen**, in Berlin sind Sie von der Verfolgung von Kindesmisshandlungen zur Aufklärung und Prävention gekommen. Sind Sie ein bundesweit übertragbares Modell, um die Gefahren für Kinder in ihren Familien zu mindern und ist es für Kinder überhaupt möglich, nach Misshandlungserfahrungen in der leiblichen Familie dort zu bleiben?

Also, wie Sie richtig sagten, Berlin ist immer noch das bundesweit einzige Fachkommissariat mit diesem Hintergrund und es hat sich auch bislang kein anderes Bundesland gefunden, so etwas einzurichten. Das ist natürlich auch nicht einfach, weil um so etwas zu bekommen braucht man statistisches Zahlenmaterial, d.h. ich muss erstmal prüfen, wie viele Kindesmisshandlungen, Vernachlässigungen, Tötungen von Kindern finden statt in meinem Bereich. Wenn ich dann eine Erhebung entsprechend habe und sage, es ist eine entsprechende Häufung, dann kann man von der Polizei aus darüber nachdenken, ein solches Kommissariat überhaupt ins Leben zu rufen. In Berlin war es so, uns gab es schon. Wir waren bereits seit den 60er Jahren vorhanden und mussten uns dann nur irgendwann zwangsläufig eben auch damit auseinandersetzen, zu sagen, irgendetwas läuft hier in der Gesellschaft mit den Kindern schief. Wir hatten im Vorgriff 2001 und 2002 in wirklich kurzer Abfolge von einem halben Jahr zehn tote Kinder zu beklagen, die totgeschlagen, verhungert, alles, was man sich nicht vorstellen möchte, durch die Eltern zu Tode gekommen sind, und uns war, und das ist eben ein Vorteil, den in diesem Sinne die Polizei hat, völlig klar, was da schief läuft, denn wenn die Polizei eingeschaltet wird, dann müssen zwangsläufig alle Fakten auf den Tisch, es werden alle Beteiligte dazu als Zeugen oder am Ende auch als Beschuldigte gehört. Und wenn man dann vier bis fünf Institutionen aus den Umfeld des Kindes befragt, und feststellt, von vier wussten eigentlich schon vier irgendetwas, das nicht gut in der Familie war, aber, „wir wussten ja nicht, wo wir uns hinwenden sollten", und „wir wussten ja nicht, dass das überhaupt strafbar ist", dann ist das schon bitter, wenn auf Grund dessen eben Kinder zu Tode kommen, weil einige nicht wussten, was sie machen sollten. Und das hat uns dazu gebracht, zu sagen, wir müssen in die Öffentlichkeit. Die Ämter untereinander, Jugendamt, Polizei, das Jugendamt wird sofort von der Polizei informiert, wenn solch ein Fall bekannt wird. Deswegen wunderte mich die Zahl auch ein bisschen, dass so wenig bekannt wird hier von der Polizei aus. Es wurden alle anderen Institutionen auch informiert und keiner hat miteinander gesprochen und das war für uns ganz wichtig, eben dann auch zu sagen, wir müssen irgendetwas bringen, dass die Bürger dieser Stadt eine Anlaufstelle haben, eine feste Telefonnummer, an die sie sich wenden können, wo ihnen auch sofort geholfen wird. Es nützt nichts zu sagen, ja das erledige ich übermorgen, ich nehme das mal zur Kenntnis. Wir haben eben Serviceleistungen angeboten. Wenn etwas gemeldet wird, fahren wir raus und gucken. Und jetzt zu Ihrer Ursprungsfrage, das ist natürlich so, das kann man nicht auf jedes Bundesland umschwenken. Stadtstaaten vielleicht, da braucht man aber Voraussetzungen, bei den größeren Bundesländern ist es natürlich so, da kann man solche Serviceleistungen, wie wir sie in Berlin angeboten haben, gar nicht anbieten.

Danke. Herr **Professor Suess**, Kinder, die misshandelt, missbraucht, vernachlässigt worden sind , also traumatisierte Kinder, benötigen über ihrer Pflegefamilie, oder auch ein Kinderheim hinaus weitere Hilfen. Was meinen Sie, welche Hilfen brauchen diese Kinder, können sie diese bei uns hier bekommen, gibt es ausreichend Therapeuten für Kinder, für missbrauchte Kinder, z.B.?

Vielleicht nochmal zu dem, was Sie vorher diskutiert haben, natürlich gibt es Ansätze, es

gibt sehr gute Programme, was man in der Literatur liest, die Misshandlungen in der Familie kurativ dort angehen, also wo danach auch gute Erfolge erzielt werden können, die müssen natürlich gut vorbereitet sein. Das zweite, was wir immer wieder feststellen ist, dass die Folgen von Misshandlungen, sind gut dokumentiert übrigens, die bestehen im Wesentlichen darin, dass die soziale Beziehungsfähigkeit der Kinder gestört wird. Dass sie z.B. für die eigenen Eltern immer schwieriger werden und dann natürlich auch für andere. D.h. wir haben ja auch die fatale Entwicklung, dass die Kinder dann in die Pflegefamilien kommen und dass diese Kinder gelernt haben, ihre Bindungssignale auf ganz verquere Art und Weise auszudrücken, und dass man erstmal Detektiv spielen muss, um zu lernen, was meint denn das Kind jetzt, was will es, wenn es z.B. , nicht unbedingt mit ausgestreckten Armen zu mir gelaufen kommt, möchte es vielleicht doch auf den Arm. Oder ist es genauso verunsichert, wie die anderen, es zeigt es halt anders. Sodass jetzt mittlerweile meinem Erachten nach ein Umdenken stattfindet, dass man nicht immer nur eine Therapie außen anstrebt, sondern, dass man mehr schaut, wie kann man also wirklich auch Pflegeeltern unterstützen. Es gibt gute Programme, da läuft sehr vieles innerhalb von wenigen Wochen und Monaten, wo sich auch eine negative Spirale einschleicht, oder auch ein sogenannter Engelskreis und dann sind die Selbstläufer.

Danke. **Herr Jacob**, haben Sie konkrete Ideen, was man tun könnte, um den vielen Kindern, von denen wir gesprochen haben, adäquat helfen zu können?

Ich denke, ein wichtiger Vorschlag wäre besonders im Umgang der Jugendämter oder der Richterinnen oder Richter im Falle von Kindeswohlgefährdung oder allgemein im Umgang mit den Rechten von jungen Menschen in diesem Land, sich weiterhin darauf einzustellen, sich in andere Menschen, und in diesem Fall, sich in diese Kinder einzufühlen. Was ist für dieses Kind in diesem Moment das Beste und wie geht es dem Kind damit. Wie geht es dem Kind damit, wenn wir Entscheidungen treffen, die sein Leben einfach für die Zukunft bestimmen, auf positiver oder negativer Art, was nicht immer abzusehen ist. Aber ich denke, dass gerade da ein großes Potenzial liegt, die Menschen, die solche Entscheidungen treffen können und müssen, weiterhin zu schulen im Umgang mit der Psychologie eines jungen heranwachsenden, sich in der Entwicklung befindenden Menschen.

Danke. Herr **Professor Salgo**, was muss sich Ihrer Meinung nach in Hamburg ändern? Wie kann man den Kinderschutz in Hamburg so verbessern, dass Kinder wie Chantal und Yagmur, nicht zu Tode kommen?

Ich würde sagen, Hamburg ist überall. Und das, was ich jetzt sage, ist nicht Hamburg-spezifisch, wir müssen, glaube ich, einiges verbessern, in der Grundausbildung an den Hochschulen, in der Medizin, im Recht, in den Erziehungswissenschaften, in der sozialen Arbeit, in der Sozialpädagogik, muss schon in den Grundlagenmodulen Kinderschutz ein Thema sein, nicht nur vielleicht bei Fortbildungen. Wenn wir bei den Fortbildungen sind, die meisten sehr verantwortlichen Berufe inzwischen, die Medizin und viele andere, haben inzwischen Fortbildungspflichten, die sie nachweisen müssen. Eine der ganz wenigen Berufe ist die der Richter, die keine Fortbildungspflichten haben. Sind das die besseren Menschen? Ich bezweifele das, und in Hamburg sind Richter geradezu beleidigt, wenn man sie kritisiert. Sie haben noch keine Fehlerkultur entwickelt, wie andere das entwickelt haben. Sie sagen, wenn kein Rechtsmittel eingelegt worden ist, dann ist unsere Entscheidung in Ordnung. Das ist unsere Fehlerkultur. Das ist mitnichten der Fall und wir haben viele Fälle, und ich wundere mich, wie stark die Präsidenten der Gerichte sich hier machen, obwohl hier in einigen der Todesfälle die Justiz beteiligt war an diesen Todesfällen, und die Justiz auch den Fällen eine andere Wendung hat geben können, und es gibt auch Richter, die sagen, wir haben Fehler gemacht, und wir würden das heute ganz anders machen, und das ist alles beim Präsidenten in den aktuellen Stellungnahmen nicht mehr vorzufinden. Und es ist merkwürdig, gerade wenn sich Richter so sehr gegen die Fortbildungspflicht wehren, dann müssen wir sie, glaube ich, gerade machen. Es ist erstaunlich, dass bei einem Obleute-Gespräch im Bundestag, die Stimmung da war, dass der Bund sehr dafür ist, es wird sich zeigen, ob die Länder da auch mitmachen. Wir müssen die Richter ins Boot holen, wir brauchen einen Rechtsanspruch auf Fortbildung für Richter, wir brauchen eine nachzuweisende Fortbildungspflicht, und wir brauchen Berücksichtigung bei der Arbeitsbelastung, bei den Pensen, und so wird die ganze Sache rund, und ich glaube, es ist eine sehr merkwürdige Diskussion, die da läuft, da läuft was schief, in dieser Gesellschaft. Überall gibt es Fortbildungspflichten, warum nicht auch für Richter.

Das andere ist, ja in der Tat, ich bedauere das außerordentlich, dass tatsächlich einige Dinge verhindert worden sind in der letzten Legislaturperiode. Es wurde verhindert, z.B., dass wir eine Kontinuitätssicherung in der Pflegekinderhilfe bekommen in den BGB-Regelungen, die ausgesprochen ausgewogen waren, die auch verfassungsrechtlich überprüft worden waren. Es war auch sehr ausbalanciert, und es stand in diesem Gesetz, zum ersten Mal sollten explizit auch nach einer Fremdplatzierung die Herkunftseltern Rechtsansprüche auf Beratung haben, auch das ist verhindert worden. Es ist verhindert worden, und das ist gerade auch von dem Pflegekind, entschuldigen Sie, dass ich das so sage, angesprochen worden, wie wichtig es ist, dass man sich auch wehren kann. Es ist verhindert worden, dass endlich auch mal etwas über unabhängige Ombudsstellen im Gesetz steht, das ist verhindert worden. Es ist verhindert worden, dass sich jedes Kind, in jeder Situation, sich jederzeit an das Jugendamt wenden kann, ohne irgendwelche Vorbehaltsklauseln, die es im geltenden Recht noch gibt. Also, es gibt da einiges, glaube ich, woran wir auch im neuen Bundestag arbeiten müssen, auf der Bundesebene, das würde auch für den Bund bedeuten, was kann man von Hamburg aus tun. Ich wundere mich, dass einige Aufgaben, die man auf Bundesebene übernehmen wollte, insbesondere im Justizbereich, was die Stellung der Pflegeeltern anbetrifft, und der Pflegekinder, die rechtliche, aber auch was die Fortbildungspflicht der Richter anbetrifft, und ich kenne die Hamburger diesbezüglichen Initiativen nicht, vielleicht bin ich da nicht ganz informiert, bitte lehren Sie mich da eines Besseren. Sie sehen, als Hochschullehrer setze ich natürlich sehr auf Ausbildung und Fortbildung, weiß tatsächlich jeder Lehrer in Hamburg, dass er einen Rechtsanspruch hat auf eine Beratung durch eine insofern erfahrene Fachkraft, wie das so schön im Gesetz heißt, wenn er sich unsicher ist bezüglich eines Schülers, der ihm gefährdet erscheint im Herkunftsmilieu. Weiß er das auch? Und es ist sehr erfreulich, dass in der Tat inzwischen die Anzahl der Meldungen, auf gefährdete Schüler tatsächlich von den Schulen kommen, das steigt an. Ich denke, wir müssen den Lehrern sagen, was es bedeutet, wenn ein Kind aus einer Familie kommt, wo wir Hochstrittigkeit haben, wo wir sexuellen Missbrauch haben, wo wir Kindeswohlgefährdung, Vernachlässigung haben. Die Beobachtungen der Lehrer sind sehr gut, sehr genau, sehr zutreffend. Ich glaube, die Lehrer brauchen hier auch nochmal Unterstützung, mehr Wissen, und ich setze sehr auf Wissen, Information, und Vernetzung, und keiner soll behaupten, dass der Datenschutz, den wir brauchen, das verhindern würde, dass wir Kinderschutz machen können, das ist nicht der Fall, das haben uns auch die Datenschutzbeauftragten auf Bundes- und Landesebene klargemacht. Also, es bewegt sich momentan einiges, und man sieht auch die Wirkungen der Gesetzgebung, wir sind aufmerksamer und sensibler, aber, es ist noch nicht flächendeckend, und es ist noch nicht selbstverständlich. Es ist oft so, wenn ein Schulleiter sehr engagiert ist in Kindeswohlgefährdungssachen, dann läuft es an dieser Schule gut. In anderen Schulen kann es ganz anders sein, es kann nicht sein, dass wir so sozusagen eine solche bunte Jugendhilfe-

landschaft haben, mit sehr unterschiedlichen Vorgehensweisen und Akteuren. Wir haben ein Bundesgesetz, und danach müssen sich erstmal alle richten. Wir brauchen auch nicht mehr Gesetze, wir brauchen auch, was vielleicht in Hamburg der Fall ist, sogar eine Überregulierung, das könnte auch der Fall sein, darüber machen wir uns zurzeit einen Kopf in der Enquetekommission, wir sind momentan eher in der Abschlusskurve, Sie werden sehen, was da rauskommt, dazu kann ich Ihnen momentan auch nicht viel sagen. Aber, es ist so, es gibt Licht und es gibt Schatten und manchmal bin ich etwas ungeduldig, wie lange man braucht, für Entwicklungen, und wir haben auch Wissen, wir brauchen auch nicht neue Enquetekommissionen auf Bundesebene dafür, wir müssen nur dieses Wissen umsetzen, die Umsetzung finanzieren, möglichst gute Arbeitsatmosphären schaffen, die Mitarbeiter, in diesen Handlungsfeldern, die eine schwere Arbeit tun, auch schätzen, und unterstützen, und dann werden wir vorankommen.

Danke, **Professor Salgo**. Jetzt würde ich gerne koppeln. Und zwar sollte jeder noch eine Frage beantworten und einen Abschlusssatz sagen. Beides zusammen, das schaffen wir ja bestimmt.

Herr Jacob, was würden Sie wünschen, wenn Ihnen jemand sagen würde, welche Rechte sind für Kinder besonders wichtig, und welche würden Sie da nennen ? Und den Schlusssatz dann.

Für mich wäre in erster Linie, wenn man an das Recht der Kinder denkt, zu sagen, Kinder brauchen erstmal gesonderte Rechte, aus dem Grund, dass sie auch Wesen sind, die gesonderte Bedürfnisse haben, die ein erwachsener Mensch überhaupt nicht mehr hat. Und wenn man jetzt darüber diskutiert, Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern, finde ich das schon ganz richtig, auf jeden Fall. Die Frage ist nur, ob uns Gesetze etwas bringen. In erster Linie geht es darum, dass sie eingehalten werden. Es gibt viele Bereiche in Deutschland, wo das auch nicht läuft. Und für mich wäre es sehr wichtig, dass Kinder, ich glaube, das wurde von Herrn Salgo angesprochen, auch ein Mittel der Partizipation haben müssen, sich zu artikulieren, was ihre Bedürfnisse sind, und , wie z.B. in den Gesetzesinitiativen vorgeschlagen, sich direkt an Jugendämter zu wenden, und ich denke, dass auch im Sinne der Eltern, die betroffen sind, wenn sie viel beschuldigt werden, man sagen kann, dass besser einmal zu viel hingeschaut, als einmal zu wenig.

Danke, **Herr Jacob**. **Frau Graichen:**

In allen Gesetzen, Grundgesetz, BGB, Strafgesetzbuch, Kinder finden da auch immer einen Punkt, wo sie enthalten sind. Was mich stört ist, dass auf alle möglichen Rechte, aber nie auf die Pflichten der Eltern hingewiesen wird, die da auch drinstehen, das wird immer totgeschwiegen. Ich würde mir genauso wünschen, dass Kinder angehört werden, und dass das auch ernst genommen wird. Auch wir haben die Erfahrung gemacht, dass das gar nicht so zum Tragen kommt. Ich rede jetzt nicht von Kleinstkindern, sondern von denen, die eben auch schon halbwegs klar denken können. Ich finde, das sollte auch verankert werden, und Änderungen, wenn darauf hingewiesen werden muss, dass Kinder extra genannt werden müssen, hielte ich das auch für überflüssig. Wir dürfen nicht vergessen, dass Kinder eigentlich den einzigen Wunsch haben, geliebt zu werden, und dieses Recht sollte ihnen dann auch zuteilwerden, und wir dürfen eben nie vergessen, auch wenn wir der Meinung sind, das läuft jetzt gerade so, es kommen auch wieder andere Zeiten. Man muss immer wieder daran arbeiten, und immer wieder darauf hinweisen, Leute, guckt hin.

Danke, **Frau Graichen. Frau Laux:**

Vom Recht her würde ich auf jeden Fall ganz nach vorne stellen und auch verankern, dass Kinder ein Recht darauf haben, gewaltfrei aufzuwachsen, sowohl psychisch, emotional, als auch körperlich. Das ist etwas, dass wir, wenn es nicht von den Eltern eingehalten und gewährleistet werden kann, dass wir als Staat die Verantwortung haben, das herzustellen. Und dass die Kinder dann genauso auch teilhaben können an der Gesellschaft und trotzdem ein gutes Aufwachsen haben können. Und ganz wichtig, dass die Kinder tatsächlich ernst genommen werden, dass sie angehört werden, und dass wir auch als Staat, dass die Jugendämter und die Träger, die dann im Auftrag der Jugendämter arbeiten, das auch festhalten, dass es schwarz auf weiß dokumentiert wird, bei Hilfen, und wenn es um Entscheidungen geht und auch bei Kindesschutzfällen, natürlich muss man gucken, je nach Alter ist das unterschiedlich, aber dass festgehalten wird, was das Kind denkt, was das Kind will, was das Kind für Wünsche hat, was das Kind für eine Perspektive hat, und selbst bei den ganz kleinen, dass die Kleinkinder angeguckt werden, beobachtet und wahrgenommen werden und ernst genommen werden.

Danke, **Frau Laux. Herr Salgo** als nächstes:

Ich habe es, glaube ich, schon gesagt, das Wissen um Kinder, um diese Kinder, über die wir heute reden, über traumatisierte Kinder, verletzte Kinder, gefährdete Kinder, vernachlässigte Kinder, sollte verbreitet werden, sollte

zum selbstverständlichen Bestandteil der Grundausbildung aller mit Kindern befasste Berufe sein im Bewusstsein, dass wir wissen, dass die meisten Kinder am besten bei ihren Familien groß werden, dass es für die meisten gefährdeten Kinder sogar gelingt, sie über ihre Eltern auch noch zu erreichen, dass es aber auch eine Anzahl von Kindern gibt, wo es mit Eltern für diese Kinder keine Chancen gibt, und dass wir für diese Kinder eine Kontinuitätssicherung schaffen und die auch vom Gesetzgeber anerkannt wird. Das Bundesverfassungsgericht verhindert das nicht, da gibt es klare Aussagen, auch jüngste Entscheidungen aus diesem Jahr dazu, dass der Staat auch in der Verantwortung ist, bei Gefährdung die Perspektive von Kindern dauerhaft abzusichern. Also der Rahmen für die Gesetzgebung ist da, der ist auch ausgeschöpft, und hoffentlich werden wir das in dieser Legislaturperiode erreichen.

Danke, **Herr Salgo**. Herr **Professor Suess:**

Ja, ich würde natürlich von meinem Werdegang her sagen, Kinder sollten ein Recht auf Bindung, dass das mehr respektiert wird, vor allem auch, wenn neue Bindungen zur Pflegefamilie entstehen, da ist oft eine lange Rechtsunsicherheit, und ich weiß nicht, wie man das juristisch hinkriegt, aber es wäre sehr geholfen, wenn man da mehr Ruhe reinkriegt.

Das zweite ist, ich zähle natürlich auf die Qualifizierung und wenn ich z.B. lese in einem Fachartikel, dass die Interaktionsbeobachtung noch nicht genügend durchgeführt wird bei Inobhutnahmen, dass die Leute Interaktionen beobachten, aber sie falsch deuten und werten, was man sehr gut weiß (...) da fällt mir auf dass bei Kinderschutz direkte Interaktionsbeobachtung ganz, ganz wenig, wenn überhaupt, vorkommt, und generell denke ich, dass wir mehr die aktive und die kontroverse Diskussion auch wieder fördern. Es ist nicht klar, wo das Kindeswohl vermessen wird, und wo die Kindeswohlgefährdung, da gibt's sehr viel Streit und da können wir auch aus den Fehlern, die begangen werden, die wir alle machen, sehr viel lernen wenn wir mehr Diskussionen, und ich glaub, wenn ich mich in Hamburg umschaue, wir haben Stadtteile, wo noch nie ein Kind zu Tode gekommen ist, und das ist jetzt eine ganz vermessene Aussage, ich glaube da sind auch die Stadtteile, wo sehr viel Diskussion und Austausch stattfindet. Das wäre mein Wunsch.

Danke, **Herr Suess**.

Frau Graichen hat gesagt, das war eigentlich für mich das Erschütterndste, vor Jahren als wir uns einmal getroffen haben, dass es eine Menge Menschen gibt, die sagen, ich weiß nicht, dass es das Jugendamt gibt, ich weiß nicht, dass ich mit dem Kind nicht so handeln darf, als wenn es mein Eigentum wäre. Dass es Menschen gibt, die glauben, dass sie das Recht haben, Kinder so zu schlagen, wie ein Punchingball, und wir haben Ende der 90er Jahre in der Stadt, in der ich lebe und arbeite, vermehrt solche Fälle gehabt. Wir haben festgestellt, dass die Menschen in der Tat glaubten, dass sie das alles dürften, und sie waren erstaunt, wenn sie dann angeklagt wurden, wenn wir ihnen die Kinder weggenommen haben. Und wir haben dann Anfang 2000 angefangen, uns mit Schulen zu vernetzen, wir haben also gesagt, dass alle Schulen in dieser Stadt einen Sozialarbeiter kriegen, oder jeder Sozialarbeiter eine Schule, wir haben uns mit den Kitas vernetzt und wir haben innerhalb kurzer Zeit das was Herr Salgo vorhin nannte, diese Meldungen deutlich erhöhen können. Es waren viel mehr Kinder, die gemeldet wurden, von Menschen, die sich dafür interessierten, die Polizei, mit der wir intensiver zusammenarbeiteten, die Schulen, die Kitas, für alle war es plötzlich selbstverständlich, sich an das Jugendamt zu wenden. Das Jugendamt schaffte seine Öffnungszeiten ab, wir wollten nicht mehr, dass Leute, die sich irgendwo schon ein Herz genommen haben zu Hause, sich trauten, und sagten, da gehen wir jetzt hin. Da wollte ich nicht, dass sie vor unseren Türen stehen, und dann steht da an der Tür, „bis 12 Uhr geschlossen". Wir waren ganztägig erreichbar, und wenn wir nicht erreichbar waren, wusste jede Schule, wusste jeder Kinderarzt, jeder Frauenarzt, wusste jede Kita, jede Kirche, jeder Verein, wie man uns erreichen kann, über eine bestimmte Nummer, und da war dann immer einer von uns erreichbar. Also, wir haben einfach versucht, das Bürokratische abzubauen, mehr bei den Menschen zu sein, und für die Menschen da zu sein. Und wir sind über die Schulen gegangen, weil wir die Idee hatten, wenn alle Kinder dieser Stadt durch die Türen der Schulen gehen, dann können wir doch da alle Kinder und deren Eltern erreichen, am einfachsten, und eigentlich am besten. Und jetzt bedanke ich mich bei den Podiumsteilnehmern und bedanke mich bei Ihnen, für Ihre Geduld, die Sie mit uns hatten, und bedanke mich auch ganz herzlich bei den Musikern, dass sie bis jetzt auf uns gewartet haben, Dankeschön.

FASD.
FÜR IMMER
BEEINTRÄCHTIGT

Zunehmend wird zum Thema FASD geforscht und das Wissen um die besondere Problematik ist gewachsen.

Dieses Fachwissen hat noch nicht genügend Eingang in die soziale Praxis gefunden. Mit diesem Buch soll Fachkräften, Adoptiv- und Pflegefamilien Mut gemacht werden, sich mit dem Thema auseinander zu setzen und sich Hilfe und Unterstützung zu holen.

Zu beziehen zum Preis von 16,- EUR über:
PAN Pflege- und Adoptivfamilien NRW e.V.
Vogelsanger Weg 80, 40470 Düsseldorf
Fax: 0211 1799 6381
info@pan-ev.de, www.pan-ev.de